

Pressedienst

324/22. Mai 2025

Reaktion auf prekäre Finanzlage: Kiel verhängt Haushaltssperre

Die Landeshauptstadt Kiel wird mit Wirkung zum 23. Mai eine haushaltswirtschaftliche Sperre gemäß § 29 Gemeindehaushaltsverordnung verhängen. Damit reagiert die Stadt auf die schwierige finanzielle Lage im laufenden Haushaltsjahr 2025, wie sie sich aktuell in vielen deutschen Großstädten zeigt. Ziel der Maßnahme ist es, kurzfristig die Eigenanstrengungen zu intensivieren und Aufwendungen zu begrenzen.

Erhebliche Verschlechterung der Finanzprognosen

Die aktuelle Haushaltsprognose zeigt eine herausfordernde Entwicklung: Statt des ursprünglich von der Selbstverwaltung für 2025 geplanten Defizits von rund 79,9 Millionen Euro droht nach aktuellem Stand ein Fehlbetrag von bis zu 163,5 Millionen Euro. Hauptursachen sind unter anderem erhebliche Mehraufwendungen für Sozialleistungen (+26,8 Millionen Euro), Kinder- und Jugendhilfe (+15,2 Millionen Euro), Personal (+10,0 Millionen Euro) sowie hohe Mindereinnahmen bei Schlüsselzuweisungen und kommunalen Finanzmitteln (-26,2 Millionen Euro). Zusätzlich steht eine erforderliche Zuführung zu Pensionsrückstellungen in Höhe von rund 56 Millionen Euro im Raum, die das Defizit auf bis zu 220 Millionen Euro erhöhen könnte.

„Die Entscheidung zur Haushaltssperre ist uns nicht leichtgefallen. Sie ist aber unvermeidlich und Ausdruck der schwierigen finanziellen Lage, der wir mit Verantwortung und Augenmaß begegnen müssen“, betont Oberbürgermeister Ulf Kämpfer.

„Die Kommunen sind strukturell unterfinanziert. Daher sind wir nun gezwungen, kurzfristig schwierige, aber notwendige Maßnahmen zu ergreifen, um gegenzusteuern. Diese Maßnahmen ersetzen allerdings nicht den dringend notwendigen Abbau des strukturellen Defizits, für den Bund und Land sorgen müssen“, ergänzt Kämmerer Christian Zierau.



Landeshauptstadt Kiel

Pressereferat

Postfach 1152
24099 Kiel

Verantwortlich:

Pressesprecherin
Kerstin Graupner
+49 (0) 431 901-1007

Redaktion:

Arne Gloy
+49 (0) 431 901-2406

E-Mail:

presse@kiel.de

Internet:

www.kiel.de
www.kieler-woche.de
www.kiel-sailing-city.de

Mehrere Ursachen für die finanzielle Schieflage

Die angespannte Haushaltslage resultiert aus einem komplexen Ursachenbündel:

- gestiegene Energiepreise,
- anhaltend schwache wirtschaftliche Entwicklung mit sinkenden Einnahmen für die Kommunen (beispielsweise sinkende Einkommenssteuer und Umsatzsteuer),
- erheblicher Kostendruck durch gesetzlich übertragene Pflichtaufgaben, etwa in den dynamisch steigenden Sozialausgaben, der Jugendhilfe und Flüchtlingsunterbringung,
- Mindereinnahmen beziehungsweise Mehrausgaben aufgrund bundesgesetzlicher Entscheidungen (zum Beispiel Steuerentlastungsgesetz 2025) und Kürzungen des Landes zulasten der Kommunen (zum Beispiel Kindertagesförderungsgesetz),
- hohe Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst.

Die Stadt fordert eine stärkere Unterstützung durch das Land Schleswig-Holstein und den Bund ein, die ihrer Verantwortung nachkommen und die Kommunen finanziell auf tragfähige Beine stellen müssen: „Die Kommunen brauchen endlich eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen. Die Konnexität – wer bestellt, bezahlt – muss ernst genommen werden. Eine Reform des Finanzausgleichs und eine Neuaufteilung der kommunalen Steueranteile sind essentiell. Wir erleben hier vor Ort die Auswirkungen des strukturellen Defizits der aktuellen Finanzausstattung. Ein erster Schritt wäre, dass die 100-Milliarden-Sondervermögen des Bundes zügig bei den Kommunen ankommen“, fordert Kämpfer vehement.

„Gleichzeitig schauen wir auf uns und werden die Kieler Verwaltung mit noch mehr Nachdruck umbauen. Das bereits 2024 zusammen mit der Selbstverwaltung auf den Weg gebrachte Maßnahmenpaket werden wir verstärken und noch konsequenter gestalten“, so der Stadtkämmerer Christian Zierau.

Haushaltsdisziplin und Fokus auf Pflichtaufgaben

Es findet derzeit ein enger Abstimmungsprozess mit der Selbstverwaltung, den Beschäftigten und Personalräten statt. Ein kontinuierliches Miteinander für das gemeinsame Ziel ist für die Landeshauptstadt Kiel eine Selbstverständlichkeit.

Die Haushaltssperre ist ein klassisches Instrument der Haushaltssteuerung und wird derzeit auch in anderen Städten ausgerufen. In der Landeshauptstadt Kiel bedeutet die Sperre konkret: Alle nicht zwingend notwendigen oder gesetzlich verpflichtenden Ausgaben werden auf „Stopp“ gestellt. Neue Verpflichtungen dürfen nur noch eingegangen werden, wenn sie zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben oder zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit notwendig sind. Auch das Personal und die verbundenen Eigenbetriebe und Anstalten öffentlichen Rechts (Theater) werden einbezogen.

Klares Ziel: Kiel zukunftsfest aufstellen

Trotz der akuten Haushaltslage bleibt der Fokus auf Zukunftsinvestitionen erhalten. „Wir sparen nicht blind – wir priorisieren. Kitas, Schulen, soziale Grundversorgung und sicherheitsrelevante Aufgaben genießen höchste Priorität. Auch zentrale Infrastrukturprojekte sollen weiterverfolgt werden, wo es möglich ist“, unterstreicht Kämpfer.

Die Sperre gilt bis zur Beschlussfassung eines Nachtragshaushalts. Zierau betont dabei: „Gerade die Kommunen sind die Grundpfeiler unserer Demokratie. Sie sind der Puls des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Sie müssen daher auskömmlich und nachhaltig finanziert sein.“

Hinweis an die Medien:

Oberbürgermeister Ulf Kämpfer und Stadtkämmerer Christian Zierau könnten am Freitag, 23. Mai, zwischen 10.30 und 11.15 Uhr O-Töne zur Haushaltssperre geben. Wenn Sie in diesem Zeitraum einen O-Ton ziehen möchten, melden Sie sich bitte unter presse@kiel.de.